

Forderungen Kampagne

Forderungen an die Politik

1. Humanitäres Völkerrecht

a.) Einhaltung des Humanitären Völkerrechts

Wir begrüßen und unterstützen das Engagement der Bundesregierung zur weltweit stärkeren Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zum Schutz der humanitären Hilfe in bewaffneten Konflikten. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass diese Bemühungen fortgesetzt werden. Hilfsgüter müssen den notleidenden Menschen in Kriegs- und Krisengebieten zugänglich gemacht und dürfen nicht politisiert werden. Humanitäres Hilfspersonal darf nicht von Konfliktparteien behindert oder angegriffen werden.

b.) Verbreitung des Humanitären Völkerrechts

Wir unterstützen die in der DRK-Strategie 2020 festgehaltenen Ziele zur Verbreitungsarbeit und dringen intensiv darauf, dass das DRK auch weiterhin und über das Jahr 2020 hinaus Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über das humanitäre Völkerrecht einschließlich jugendgerechter Maßnahmen beschließt und in allen Verbandsgliederungen umsetzt. Einen besonderen Stellenwert nimmt für uns die Schule ein. Wir fordern, dass die Aufklärung über das humanitäre Völkerrecht in den Lehrplänen der Bundesländer verankert ist. Eine Kooperation mit den Verbandsgliederungen zur inhaltlichen Unterstützung wird vorbehaltlos unterstützt.

2. Kinderrechte

a.) Kinderrechte ins Grundgesetz

Wir fordern, dass die Bundesregierung mit hoher Priorität und Engagement einen Gesetzentwurf für die Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz einbringt und die Kinderrechte bis Ende 2021 im Grundgesetz verankert.

b.) Kinderrechte und Beschwerdemanagement

Wir fordern die Einführung eines niederschweligen und transparenten Beschwerdemanagements in Deutschland für Kinder und Jugendliche bezüglich ihrer Kinderrechte.

c.) Physische und psychische Unversehrtheit

Wir fordern, dass die physische und psychische Unversehrtheit von Kindern und Jugendlichen jederzeit geachtet und geschützt werden. Würde, das Leben und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen jederzeit geachtet und geschützt werden. Die Einhaltung bestehender Regelungen und die Ahndung von Straftatbeständen muss gestärkt werden.

d.) Kinderrechte auf den Lehrplan

Wir fordern, dass in allen Bundesländern der Begriff der Kinderrechte und die Aufklärung über die Kinderrechte in die jeweiligen Lehrpläne aller Schulformen aufgenommen wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen explizit über ihre Rechte aufgeklärt werden.

e.) Schule und Gewaltprävention

Wir fordern, dass die Schulen stärker über Gewaltphänomene bei jungen Menschen aufklären, bei Gewalt intervenieren und geeignete Maßnahmen für ein gewaltfreies Miteinander entwickeln. Wir fordern mehr Schulsozialarbeitende und eine Aufstockung des schulpsychologischen Dienstes auf mindestens ein Verhältnis von einer Schulpsychologin oder einem Schulpsychologen pro 5000 Schülerinnen und Schüler.

f.) Kindersoldaten

Wir fordern, dass Kinder unter 18 Jahren nicht als Soldaten in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden dürfen und dass weltweit keine Waffen in Kinderhände gehören.

3. Jugendbeteiligung

a.) Räume für Jugendbeteiligung

Wir fordern die Politik auf allen Ebenen auf, Möglichkeiten zu schaffen, damit junge Menschen angehört werden und sich beteiligen können, z.B. Jugendanhörungen, Jugendgremien, Jugendbefragungen.

b.) Absenkung des Wahlalters

Wir fordern die Absenkung des Wahlalters (aktives Wahlrecht) für alle öffentlichen Wahlen in Deutschland auf 14 Jahre. Dafür braucht es geeignete Angebote der politischen Bildung für junge Menschen – in und außerhalb der Schule.

4. Wertschätzung für das Ehrenamt

a.) Gleichstellung im Einsatzgeschehen

Wir fordern eine Gleichstellung aller ehrenamtlich Helfenden in den Hilfsorganisationen, z.B. im Verdienstausfall aufgrund eines Einsatzgeschehens.

b.) Sonderurlaub im Ehrenamt

Wir fordern mehr Sonderurlaub für ehrenamtlich Tätige und eine Sensibilisierung der Arbeitgeber für die ehrenamtliche Tätigkeit.

c.) Freistellung für das Ehrenamt

Wir fordern dem außerschulischen ehrenamtlichen Engagement einen höheren Stellenwert einzuräumen, u.a. durch Freistellungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern und Studierende und Auszubildende. Als Jugendverband verstehen wir ehrenamtliches Engagement als Lernmöglichkeit im Sinne von Lernen durch Engagement. Daher ist ehrenamtliches Engagement auch Bildung.